

„Kein Thema wie jedes andere“

Neues Forschungsprojekt zu Methoden der NS-„Rassenhygiene“ im Raum Trier

Im Januar startete ein vierjähriges Forschungsprojekt der Neueren und Neuesten Geschichte über „Nationalsozialistische ‚Rassenhygiene‘ im Raum Trier“. Im Mittelpunkt der Forschungsarbeit steht die Aufarbeitung der Zwangssterilisationspraxis und von Patientenmorden im ehemaligen Regierungsbezirk Trier in den Jahren 1933 bis 1945. Die von Prof. Lutz Raphael und Dr. Thomas Grotum geleitete Untersuchung soll die zentralen Maßnahmen der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ im damaligen Regierungsbezirk Trier beleuchten. Um das sensible Thema aufzuarbeiten, ist Doktorand Matthias Klein in den Archiven der Region auf der Suche nach bisher nicht erforschten Quellen.

Die Untersuchungsgegenstände des neuen Projekts – Zwangssterilisation und Patientenmorde – gehörten zu den wesentlichen rassenpolitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten. Auf Reichsebene ist dieses Kapitel nationalsozialistischer Verbrechen bereits ausgiebig wissenschaftlich erarbeitet. Auf regionalgeschichtlicher Ebene gehört die Aufarbeitung aber zu den dringenden Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung – auch für den Raum Trier gibt es bisher keine umfassenden Studien zu diesem Thema. Darum ist das übergeordnete Ziel der Untersuchung, zunächst die Sterilisationspraxis im damaligen Regierungsbezirk Trier schrittweise von der Antragstellung bis zum medizinischen Eingriff nachzuvollziehen. Dabei wird nach der Rolle beteiligter Personen wie Antragstellern, Betroffenen, Juristen und Medizinern gefragt. Auch die konkreten Abläufe in den Krankenhäusern, in denen die Eingriffe schließlich durchgeführt wurden, sollen beleuchtet werden.

Die umfassende Aufarbeitung der Patientenmorde im Rahmen der „T 4-Aktion“ im Raum Trier ist ein

weiteres Ziel der Studie. Hier steht die Frage nach dem Personenkreis der Opfer und den regional Beteiligten im Mittelpunkt, wie auch die Auseinandersetzung mit den organisatorischen Vorgängen des berüchtigten Mordprogramms in der Region. Außerdem nimmt die Studie die begleitenden Propagandamaßnahmen des NS-Regimes in den Blick und fragt nach Vorbehalten der Bevölkerung gegen diese spezifischen rassenpolitischen Methoden.

Suche nach aufschlussreichen Quellen

Matthias Klein ist der Doktorand, der das umfassende Forschungsvorhaben in seiner Dissertation erarbeitet. Obwohl jedes Jahr zahlreiche Studien zur NS-Geschichte veröffentlicht werden, misst er dem regionalhistorischen Projekt große Bedeutung zu: „Es kommt mir darauf an, das, was für das damalige Reichsgebiet bereits in Überblicksdarstellungen aufgearbeitet wurde, auch für den Regierungsbezirk Trier aufzuarbeiten. Gerade die südliche Rheinprovinz ist nahezu ein unbeschriebenes Blatt. Wenn es heißt ‚Zwangssterilisation und Euthanasie in der Rhein-Provinz‘, dann ist meist der Ballungsraum Bonn, Köln, Düsseldorf gemeint, und der Bereich Trier fällt oft vollkommen weg.“

Um diese Lücke in der Forschung zu schließen, setzt sich der Doktorand nun mit der organisierten Zwangssterilisation und Ermordung zahlloser Menschen in der Region Trier auseinander. „Das Thema ist natürlich nicht wie jedes andere“, sagt Klein über den Gegenstand seiner Doktorarbeit. Der Frage nachzugehen, wie viele Menschen in der Trierer Region aus ideologischen Gründen zu einem medizinischen Eingriff wie der Sterilisation gezwungen, später sogar ermordet wurden, ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. „Natürlich ist die NS-Geschichte insgesamt stark im öffentlichen Bewusstsein präsent“, erzählt der Doktorand. „Es gibt viele Leute, die sich brennend für neue Ergebnisse interessieren. Aber ich empfinde das nicht als störend, im Gegenteil: Man freut sich



Doktorand Matthias Klein erforscht, wie im ehemaligen Regierungsbezirk Trier „Rassenhygiene“ betrieben wurde.



doch, wenn man nicht vor allem für die Bibliothek schreibt.“ Obwohl der 25-Jährige schon für seine Magisterarbeit über die NS-Zeit geforscht hat, ist er eher zufällig auf die Thematik gestoßen. „Eigentlich habe ich mich während des Studiums vor allem für die Frühe Neuzeit interessiert. Aber als ich ein Thema für meine Magisterarbeit suchte, hatte ich im ‚Gestapo-Projekt‘ von Dr. Grotum die Möglichkeit, unveröffentlichtes Quellenmaterial zu erforschen – das hat mich natürlich gereizt.“ Seitdem konzentriert sich Klein auf die Erforschung des Nationalsozialismus im Raum Trier.

Für das neue Forschungsprojekt macht sich Matthias Klein nun erneut auf die Suche nach aufschlussreichen Akten und Dokumenten. Um

nachvollziehen zu können, wie erzwungene Sterilisationen und die Ermordung von Patienten in konkreten Fällen angeordnet und organisiert wurden, muss Quellenmaterial unterschiedlicher Art untersucht werden. Besonders Patientenakten, Transportlisten und Verwaltungsdokumente des Erbgesundheitsgerichts und anderer Stellen sind für den Doktoranden in der ersten Phase des Projekts von Interesse. Die Suche nach angeordneten Zwangssterilisationen oder Patientenverlegungen ist allerdings mühselig: Oftmals sind Quellen, die eindeutige Anhaltspunkte liefern könnten, wie beispielsweise Patientenbücher, nur bruchstückhaft erhalten. Und auch Quellenmaterial, das Hinweise liefert, darf nur mit Vorsicht eingeordnet werden: Nicht jede Verlegung eines Patienten aus einer Pflegeanstalt bedeutete auch eine Vorbereitung zur „Euthanasie“. Doch natürlich muss diese Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Für den Doktoranden gilt also, so viele aufschlussreiche Akten und Dokumente wie möglich zu finden, um von einer vergleichbaren Grundlage Schlüsse ziehen zu können.

Bisher führte Matthias Klein diese Suche auch ins Trierer Stadtarchiv, ins Kreisarchiv Trier-Saarburg und in Archive in Koblenz und Düsseldorf. Die größte Überraschung geschah aber in Trier: „Vor einigen Wochen habe ich im Archiv der Barmherzigen Brüder gearbeitet, den Trägern des Brüderkrankenhauses. Der Archivar kam mit einem

Aufnahme des Brüderkrankenhauses um 1940.



Wägelchen vorbei, auf den er Ordner in verschiedensten Größen gestapelt hatte, und sagte: „Schauen Sie mal, vielleicht ist ja was für Sie dabei. Die habe ich vor Kurzem auf dem Dachboden gefunden.“ Entsprechend sahen die Akten aus: völlig verstaubt. Ich habe sie durchgeblättert: Das war völlig durcheinander gewürfeltes Zeug, unter anderem ein Ordner mit der Aufschrift ‚Wirtschafts- und Ernährungsamt der Stadt Trier‘. Der Ordnername hatte aber nichts mit dem Inhalt zu tun. Denn darin habe ich Verlegungslisten gefunden, die ich dringend als Ansatz für meine Forschung gebraucht habe.“ Von diesen Daten konnte Klein auf die Patientenverlegungen aus der Heil- und Pflegeanstalt der Barmherzigen Brüder des Sommers 1939 schließen, einem entscheidenden Zeitpunkt in der Geschichte der Pflegeanstalt: „Die Anstalt wurde im August 1939 geräumt – warum ist nicht ganz überliefert“, erklärt er. „Ich versuche gerade herauszufinden, ob das eine Maßnahme war, die darauf angelegt war, den Brüdern zu schaden, oder ob das schon in Hinblick auf den drohenden Krieg passierte, der ja keinen Monat später begann.“

Die vielfältigen Verwaltungsakten aus der ersten Forschungsphase bilden die Grundlage für weiterführende Fragen: Wer waren diese Menschen, die Opfer der „rassenhygienischen“ Maßnahmen wurden? Aus welchen Gründen gerieten sie in diese Situation? Wie hoch war das Risiko, in den Jahren von 1933 bis 1945 einer Zwangssterilisation zum Opfer zu fallen? Je nach Quellenlage können anschließend auch Schlüsse über die Rolle der Bevölkerung gezogen und gefragt werden, ob beispielsweise Unterstützer und Gegner bei einzelnen „rassenhygienischen“ Maßnahmen ausgemacht werden können.

Aufarbeitung ist wichtig für die Region

Obwohl die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Regionalgeschichte eine wichtige Rolle in der Zeitgeschichtsforschung spielt, ging die Initiative zur Auseinandersetzung mit dem Thema nicht allein von wissenschaftlicher Seite aus: Der *Förderverein zur historischen Erforschung von Zwangssterilisation in der Region Trier während der NS-Zeit e.V.* gab den Anstoß, das Thema umfassend wissenschaftlich zu untersuchen. Als Förderer unterstützt der Verein das Projekt finanziell, wie auch die Barmherzigen Brüder Trier, die ebenfalls stark an einer Aufarbeitung interessiert sind. Die Bezirksärztekammer Trier und das Landesarchiv Koblenz sind ebenfalls Kooperationspartner des Forschungsvorhabens.

„Es gab ein großes Bedürfnis nach Aufklärung“, bestätigt Projektleiter Prof. Lutz Raphael, „und mit diesem Anliegen wendete man sich an die Wissenschaft. Das ist ein Idealverhältnis: Die Behandlung eines bestimmten Sachverhalts liegt im Interesse der Öffentlichkeit und die Wissenschaft kann dieses Interesse aufnehmen.“ Trotz der hohen Dichte an Studien über NS-Deutschland sei dem wichtigen Thema des neuen Forschungsprojekts bisher wenig Beachtung zugekommen, weil das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933 lange nicht als NS-Gesetz wahrgenommen wurde, so Raphael. Doch bei dem Thema Zwangssterilisation handelte es sich um ein Massengeschehen, bei den Patientenmorden um die Massenausmerzung unheilbar kranker Menschen, für die erst der Krieg die Rahmenbedingungen gegeben habe – gerade im regionalhistorischen Kontext, erklärt Raphael, fordere das Thema umfassende Aufarbeitung. Auch die Frage, inwieweit



Postkarte Krankenhaus der Barmherzigen Brüder von 1911.

sich die Bevölkerung an diesem Vorgehen beteiligte oder sich diesem widersetzte, ist für die Region Trier noch nicht geklärt.

Ergebnisse nicht für den Elfenbeinturm

Die gewonnenen Erkenntnisse des Projekts werden zunächst im wissenschaftlichen Kontext geteilt und auf Tagungen und Workshops diskutiert. An Foren zum Austausch mangelt es nicht: „Ich habe schon an einem Workshop zum Thema ‚Euthanasie in Norddeutschland‘ teilgenommen, der von der Gedenkstätte Neuengamme organisiert wurde. Außerdem gibt es einen aktiven Arbeitskreis zur Erforschung von Zwangssterilisation und Patientenmorden im Nationalsozialismus, der sich zweimal im Jahr trifft“, erläutert Matthias Klein.

Ein wesentliches Anliegen des Projekts führt aber aus dem universitären Kontext heraus, betont Projektleiter Dr. Thomas Grotum: „Die öffentliche Präsentation von Projektergebnissen und begleitende thematische Vorträge sind ein integraler Bestandteil des Projekts. Es ist uns sehr wichtig, dass die Ergebnisse mit der interessierten Öffentlichkeit geteilt werden. In diesem Winter wird es eine öffentliche Vortragsreihe geben, die in der Bezirksärztekammer Trier stattfinden wird.“ Die erste Veranstaltung der Reihe ist ein Vortrag von Renate Rosenau am 20. November um 18 Uhr zum Thema „Die Zwangssterilisation der ‚Rheinlandbastarde‘: Besatzungskinder als Opfer der NS-Rassenpolitik“.

*Dr. Carolin Retzlaff,
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Forschungszentrum Europa*

Historischer Hintergrund:

„Rassenhygiene“ im NS-Regime

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom Juli 1933 markierte den Beginn der Umsetzung der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik. Ab diesem Zeitpunkt verfolgte das NS-Regime aktiv seine „rassenhygienischen“ Prinzipien, die zum Ziel hatten, die genetischen Veranlagungen der deutschen Bevölkerung durch verschiedene Maßnahmen zu steuern. Um das Gesetz durchzusetzen, wurden Institutionen geschaffen wie beispielsweise die Erbgesundheitsgerichte und Gesundheitsämter, über welche die verschiedenen Vorgänge organisiert wurden.

Unterschieden wurde dabei zwischen den sogenannten negativen und positiven „rassenhygienischen“ Methoden: Erstere sollte eine Verstärkung des gewünschten Erbgutes, unter anderem durch die Förderung kinderreicher Familien, hervorrufen. Die „negative Rassenhygiene“ bezog sich auf die Beseitigung von als minderwertig erklärten genetischen Dispositionen und war damit zunächst darauf angelegt, Menschen mit erblich bedingten Krankheitsbildern an der Familiengründung zu hindern. Hier war die Zwangssterilisation eine wirkungsmächtige Methode der Nationalsozialisten. Über Antragsverfahren an den Erbgesundheitsgerichten, an

denen Mediziner, Betroffene und viele andere Personengruppen beteiligt waren, wurde tausendfach über die Eingriffe entschieden. Davon betroffen waren meist Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung und psychisch kranke Menschen. Die Gesamtzahl der Opfer von Zwangssterilisationen wird auf 350.000 bis 400.000 Menschen geschätzt.

Später gipfelte dieses rassenpolitische Vorgehen in einem Mordprogramm: In den Jahren nach 1939 begann die systematische Ermordung von Patienten, denen aufgrund ihrer Krankheit oder Behinderung das Recht auf Leben abgesprochen wurde. Bei den Opfern dieser als „Euthanasie“ deklarierten Mordaktion handelte es sich meist um Patienten in Kranken- beziehungsweise Heil- und Pflegeanstalten. Sie wurde zentral von der geheimen Dienststelle „T4“ im Hauptamt II der Kanzlei des Führers geplant und über verschiedene Tarnorganisationen wie die Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft (Gekrat), durchgeführt. Im August 1941 wurde die Ermordungsaktion zwar offiziell abgebrochen – tatsächlich wurde sie aber bis zum Kriegsende dezentral weitergeführt, sodass die Gesamtzahl der Opfer nur schwer festzumachen ist.